

WOHLFAHRTSVERBÄNDE

Praxistage für die SPD

Das zur strikten Neutralität verpflichtete Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat in einem Rundschreiben an seine Kreisverbände für eine SPD-Veranstaltung geworben und muss sich nun korrigieren. Es geht um „Praxistage“ ab Ende Februar, an denen die SPD ihre Abgeordneten bundesweit in Alten- und Pflegeheime schicken will. Dort sollen sie sich nach dem Willen von Parteichef Sigmar Gabriel mit der „Alltagswirklichkeit“ vertraut machen, „Sprachrohr der Betroffenen sein“ – und nebenbei für SPD-Positionen in der Gesundheitspolitik werben. Das DRK fügte dem Terminhinweis auch einen fünfseitigen Leitfaden der SPD-Parteizentrale mit Bestladressen für Plakate und Gesundheitsbroschüren sowie ein Schreiben Gabriels bei. Jörg Twenhöven, DRK-Präsident von Westfalen-Lippe, spricht nun von einer „peinlichen Panne“. In E-Mails werden die Kreisverbände der Wohlfahrtsorganisation jetzt aufgefordert, auch Vertreter anderer Parteien einzuladen. Die Vizepräsidentin des DRK, Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, die gleichzeitig Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ist, hatte die Aktion mit dem Sozialdemokraten Gabriel besprochen. Eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Parteivorsitzenden sagte sie inzwischen ab: „Wir wollen doch keine Reklame machen für die SPD.“

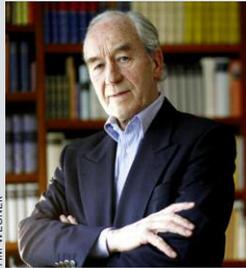


H. NITSCHMANN / BW PHOTOAGENTUR

Energiekonzern EnBW in Karlsruhe

BADEN-WÜRTTEMBERG

„Ein krasser Fall von Übermut“



TIM WEGNER

Der Berliner Verfassungsrechtler Hans Meyer, 77, über den Kauf von Anteilen am Energiekonzern EnBW durch das Bundesland Baden-Württemberg

SPIEGEL: CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus hat durch den Rückkauf der EnBW-Anteile vom französischen Konzern EDF ein Geschäft mit einem Volumen von annähernd fünf Milliarden Euro

abgeschlossen, ohne den Landtag einzubeziehen. War das korrekt?

Meyer: Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments, und meiner Meinung nach hätte der Landtag eine finanzielle Entscheidung von dieser Tragweite problemlos durch den Beschluss eines Nachtragshaushalts legitimieren können. **SPIEGEL:** Laut Verfassung kann aber doch ohne das Parlament entschieden werden, wenn ein „unvorhergesehenes und unabweisbares Bedürfnis“ vorliegt?

Meyer: Eigentlich ist diese Regelung aber für Notfälle wie eine Naturkatastrophe gedacht. Mir ist nicht ersichtlich, was bei diesem Geschäft unvorhersehbar gewesen

HAMBURG

Ahlhais unter Reet



MAURIZIO GAMBARINI / DPA

Ahlhaus mit Ehefrau Simone

Hamburgs Erster Bürgermeister, Christoph Ahlhaus (CDU), fühlt sich auf der Promi-Insel Sylt offenbar sicherer als in der Hansestadt oder in Heidelberg. Während seine Immobilien in den beiden Städten für gut 1,2 Millionen Euro Steuergeld sicherheitstechnisch aufgerüstet wurden, kann das Sylter Domizil des Regierungschefs – als „Ahlhais unter Reet“ (www.sylt-travel.de) nur sehr oberflächlich getarnt – vollkommen ungeschützt von jedermann gemietet werden. Die „exclusive, neu renovierte 4-Sterne-Wohnung mit allem Komfort“ besticht unter anderem durch zwei geschmackvoll eingerichtete Schlafzimmer mit getrennten Betten. Im Hamburger Rathaus heißt es, dass die Sylter Wohnung bislang ungesichert sei, weil es sich um ein Ferienobjekt handele, das häufig vermietet und von Ahlhaus selbst sehr selten genutzt werde.

ZOLL

„Steueraufkommen sichern“

Innenpolitiker von Union und Sozialdemokraten kritisieren, dass der Zoll von der Polizeireform auf Bundesebene ausgenommen werden soll – anders als im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP vorgesehen. Die sogenannte Werthebach-Kommission schlägt vor, lediglich Bundespolizei und Bundeskriminalamt (BKA) zusammenzulegen. Widerstand aus dem Bundesfinanzministerium verhinderte bislang Pläne, den Zoll ebenfalls in die neue Sicherheitsarchitektur einzugliedern. Die Behörde habe „das Steueraufkommen zu sichern“, hatte der Leiter der Zollabteilung im Finanzministerium, Hans-Joachim Stähr, der Kommission mitgeteilt. „Diese Haltung spiegelt den Geist der Zöllner wider und ist zu missbilligen“, sagt dazu der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl. Der Zoll mit seinen rund 17 000 Beamten dürfe sich „nicht aus der Verantwortung stehlen“. Schnittstellen mit der Polizei gebe es etwa bei der Luftsicherheit sowie bei Waren- und Personenkontrollen. Zollbeamte ermitteln zudem gegen Drogenhändler und Waffenschieber. SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz fordert deshalb sogar, entsprechende Schwerpunktdienststellen mit Teilen des BKA und der Bundespolizei zu verschmelzen.



Mappus

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

sein soll: Der Ministerpräsident hat den Kauf doch offensichtlich monatelang vorbereitet.

SPiegel: Und das offenbar, ohne den Finanzminister frühzeitig einzuweihen.

Meyer: Die Landesregierung und auch der Ministerpräsident haben über eine Notbewilligung überhaupt nicht zu bestimmen. Diese Entscheidung trifft ganz allein und eigenständig der Finanzminister. Man hätte ihn von Anfang an in einen solchen Vorgang einbinden müssen.

SPiegel: In Stuttgarter Koalitionskreisen heißt es, Finanzminister Willi Stächele sei erst kurzfristig über den Deal informiert worden. Er selbst wollte die Frage, wie lange er sich mit der Prüfung des Vorgangs befassen konnte, nicht beantworten.

Meyer: Aber auch das Handeln des Finanzministers unterliegt der parlamentarischen Kontrolle. Es muss nachweisbar sein,

wann Herr Stächele den Kaufvertrag genehmigt hat, und diese Genehmigung muss schriftlich erfolgt sein. Selbst wenn er sie zunächst nur mündlich am Telefon erteilt hätte: Der Minister hätte sich sicherlich sofort eine entsprechende Aktennotiz mit Datum und Uhrzeit gemacht. Schließlich geht es hier um eine Summe von fast fünf Milliarden Euro, und die baden-württembergische Verwaltung ist ja für die Qualität ihrer Arbeit bekannt.

SPiegel: Die Opposition glaubt, Mappus habe gesetzwidrig gehandelt, und klagt vor dem Staatsgerichtshof. Wie beurteilen Sie die Chancen dieser Klage?

Meyer: Entscheidend ist doch, dass vor der Landtagswahl am 27. März in dieser Frage kein Urteil ergehen wird. Das Ganze ist ein krasser Fall von Regierungsübermut, den vorerst nur die Wähler, nicht die Gerichte ahnden können.

ABRÜSTUNG

Billiger „Leo“

Als Schnäppchen verkauft das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) ausgedientes Rüstungsmaterial. 2009 lieferte die Bundeswehr 60 Kampfpanzer vom Typ „Leopard 2“ zum Stückpreis von 250 000 Euro an Chile (Anschaffungskosten knapp drei Millionen Euro). Das geht aus einer Antwort des BMVg auf eine parlamentarische Anfrage hervor. Der gebrauchte Schützenpanzer „Marder“ kostete sogar nur 50 000 Euro (Anschaffungskosten knapp 400 000 Euro). Davon bestellten und bekamen die Chilenen 146 Stück. Die Panzerfahrzeuge waren allerdings in keinem guten Zustand. Für Instandsetzung und Modernisierung der „Leopards“ musste das chilenische Militär noch einmal 83 Millionen Euro bezahlen. Das Geld ging aber nicht an den Bund, sondern an die mit der Nachrüstung beauftragten Industrieunternehmen.



JOERG SARBACH / AP

„Leopard“-Panzer